

Der Kreuzberger

Lokale Weltnachrichten



WAHL-SPEZIAL

Unsere Direktkandidaten aus Friedrichshain-Kreuzberg im Interview

Außerdem im Heft:

TrendScout

Dass der Obst- und Gemüseanbau keine langweilige Beschäftigung ist und einen bisweilen auch ins Gefängnis bringen kann, zeigt der TrendScout in seinem Bericht über die Zeitreise in das Jahr 2030. Er zeigt auf, wohin die derzeitige Politik der Gentechnik führen wird.

TouriTipp

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus« (GG Art. 20 Abs. 2). Von wo sie in Wirklichkeit ausgeht und wie ihr den Ort findet, erfahrt ihr im TouriTipp. Vielleicht findet ihr auch den berühmten Kopf von dem der Fisch aus stinkt... Ihr wisst schon, die Frau mit den lustigen, bunten Blazern.

Horch & Guck

Wahlsonntag

Zwei Köpfe – Zwei Meinungen

Wählen oder nicht?

FilmTipp

Empfehlung eures Eiszeit-Kinos

Kurz Gesagtes

Diesmal von bookfield

VORWORT

Verständnis

»Werte Fahrgäste, aufgrund einer technischen Störung ist der Zugverkehr auf der Linie 1 unregelmäßig. Wir bitten Sie um Verständnis für die Verzögerungen.«

So geschehen am 22. August 2013 um 12.25 Uhr auf dem U-Bahnhof Schlesisches Tor in Berlin-Kreuzberg. Manchmal ist es nur ein Satz, der einen Gedanken anregt. In diesem Fall war es sogar nur ein Wort: Verständnis. Ein Mal mehr wurde ich angehalten Verständnis für etwas zu haben. Verständnis soll ich immer wieder haben. Verständnis für eine zu spät fahrende U-Bahn, Verständnis für Fehler in der Personalplanung bei der Bahn, Verständnis für geistig minderbemittelte Polizisten, die in »starken Stresssituationen« Jugendliche, Behinderte und Senioren verprügeln, Verständnis für Manager, die ihre Mitarbeiter ausbeuten, Verständnis für die wieder ausbezahlten Bonis für Banker von systemrelevanten Banken, Verständnis für die Machenschaften der Konzerne und nicht zu guter Letzt soll ich auch noch Verständnis für Politiker aufbringen, die ihren Aufgaben nicht im Ansatz nachkommen und unser Volksvermögen verzocken.

Stets wird versucht Missgeschick, Dummheit und Unfähigkeit mit noch so weit an den Haaren herbeigezogenen Ausreden und Argumenten zu entschuldigen und die Öffentlichkeit darum gebeten (falsches!) Verständnis zu haben. »Ich wusste nicht«, »ich konnte nicht«, »ich hatte ja keine Ahnung« sind noch die ehrlichsten Kommentare. Jedoch, wenn jemand »nicht weiß«, »nicht kann« oder »keine Ahnung hat«, sollte er es sein lassen. Das gilt für Manager, Berater, Banker, Polizisten, Politiker und alle anderen.

Die Regimeelite, Vorstandsetagen von Unternehmen und Konzerne quillen über von Leuten wie Schröder, von der Leyen und de Maiziére, die alle samt nichts »wissen«, nichts »können« und »keine Ahnung« haben. Überall lungern lauter kleine Wowereits, Wulffs und Ackermänner herum. Die Liste mit systemrelevanten Menschen, die durch ihr Tun stets in Verlegenheit kommen die Öffentlichkeit um Verständnis bitten zu müssen, ist endlos lang.

Bittet jedoch im umgekehrten Fall der Kunde oder Bürger um Verständnis beim Regime oder den Konzernen, ist die Resonanz zumeist negativ und er wird behandelt, wie der letzte Dreck, handeln Regime und Konzerne wie der, einst von Klaus Kinski beschriebene Jesus Christus: »Er hat eine Peitsche genommen und hat ihm in die Fresse gehauen.« Selbst wenn das Volk seinen Willen per Volksentscheid äußern soll, beugt das Regime das Recht, um die eigenen Interessen durchzusetzen und verlangt erneut Verständnis für diese Rechtsbeugungen. Die Zeit für Verständnis ist vorbei. Ich habe kein Verständnis mehr für zerschredderte NSU-Akten, für 600 Millionen Euro, die für ein flugunfähiges Fluggerät ausgegeben wurden, für Banken-Rettungsfonds, für menschenverachtend handelnde Konzerne, kein Verständnis mehr für Geheimdienstaktionen, die zu meine Sicherheit durchgeführt werden, mich aber nur in meiner Freiheit einschränken.

Wir können uns auch nach diesen Wahlen wieder ganz sicher sein, dass es heißt: »Wir bitten um Verständnis dafür, dass nicht jedes vor den Wahlen gegebene Wahlversprechen auch eingehalten werden kann.«

In diesem Sinne, viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe wünschen euch Olly und das gesamte Kreuzberger Team.



Der Kreuzberger

IMPRESSUM

Herausgeber & Chefredaktion

Oliver Jung

Redaktionsanschrift

Cuvrystraße 33
10997 Berlin
Tel. +49 (0)175 - 427 58 25
info@derkreuzberger.de

Im Internet

www.derkreuzberger.de

Blog

www.derkreuzberger.de/blog
Nicht immer aktuell -
aber immer am pöbeln

Bildredaktion & Titelfoto

M. Karakasevic, Kersten

Satz & Layout

wiener69

Redaktionelle Mitarbeit

Olly, bookfield, Christine, Kersten,
Jutta Wunderlich

Erscheinungsweise

Alle zwei Monate

Auflage

3.000 Exemplare

Material

100% Altpapier
100% biologisch abbaubare Druckfarbe
100% Handarbeit

Wer wir sind und warum wir das tun

Der Kreuzberger ist ein Machwerk von Kiezeanern für Kiezeaner und den Rest der Welt - unabhängig, überparteilich, kritisch, unverfälscht und unzensiert. Wir, das sind eine handvoll Kreuzberger, die sich ihrem Bezirk verbunden fühlen und auch diese Verbundenheit in Form einer Zeitung in die Hand geben möchten. Wir erheben weder den Aktualitätsanspruch der großen Tageszeitungen noch den Lifestyleanspruch der Hochglanzmagazine, sondern schreiben, wie uns der Schnabel gewachsen ist - mit „Berliner Schnauze“, um es auf den Punkt zu bringen.

In unserer Berichterstattung wird es immer mal wieder Themen geben, die dem einen oder anderen übel aufstoßen. Dafür möchten wir uns nicht entschuldigen, denn auch das ist Sinn und Zweck des Kreuzbergers. Wir wollen mit unseren Berichten die Aufmerksamkeit der Leser auf gewisse Umstände in dieser Welt lenken. Dabei sind wir bemüht, so objektiv wie möglich über unsere Themen zu berichten. Trotzdem stehen unsere Leserinnen und Leser selbst in der Pflicht, sich weiterführend zu informieren, um zu einer eigenen Meinung zu gelangen.

Der Nachdruck ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers erlaubt!

Leserbriefe & Einsendungen

Bei eingesandten Manuskripten setzen wir das Einverständnis zum honorarfreien Abdruck und zur sinnwahren Kürzung voraus. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Fotos und Unterlagen jeglicher Art wird keine Haftung übernommen.

Wir bitten von der Einsendung lästiger Leserbriefe bzgl. eventueller Fehler in Rechtschreibung, Grammatik oder Interpunktion abzusehen. Wer sich diese Mühe macht, kann sich stattdessen viel besser im Vorfeld beim Lektorat der nächsten Ausgabe einbringen.

Inhalt dieser Ausgabe:

Titelbild

Direktkandidaten-Roulette von Kersten.....1

Vorwort

Verständnis 2

Titel

Wahl-Spezial: Direktkandidaten-Interview .. 3 - 8

TouriTipp

Das Regierungsviertel..... 9

Horch & Guck

Wahlsonntag10 - 11

TrendScout

Illegaler Gemüseanbau 2030 12

Film-Tipp

Zwei tolle Tipps von eurem Eiszeit-Kino 13

Kurz Gesagtes

Bemerk von bookfield..... 13

Zwei Köpfe – Zwei Meinungen

Wählen oder nicht wählen?..... 14 - 15

Rückseite

Diesmal 'ne Werbung..... 16

WAHL-SPEZIAL

Direktkandidaten für Kreuzberg-Friedrichshain im Interview

Vor den Bundestagswahlen haben wir die Direktkandidatinnen und Direktkandidaten für Friedrichshain-Kreuzberg und somit die zur Wahl stehenden Angestellten des Volkes um eine Stellungnahme gebeten. Wir hatten einige Fragen. Wir hatten sogar sehr viele Fragen, die wir den Direktkandidatinnen und Direktkandidaten zugesandt haben. Diese umfassen unter anderem die Bereiche Soziales, Finanzen und Umwelt. Dieser Bericht ist ein Auszug aus dem Fragenkatalog und den erhaltenen Antworten. Die vollständige Version gibt es im Internet unter www.derkreuzberger.de/ausgabe

Als eine wahrhaft volksnahe Überraschung stellte sich dabei Helmut Metzner von der FDP heraus. Er bemühte sich gar telefonisch, um Fragen seinerseits zu klären. Dass er mich dafür morgens um 9.30 Uhr, nach einer beinahe durchgearbeiteten Nacht und nur 4 Stunden Ruhe, aus meinem mehr oder weniger wohl verdienten Schlaf herausriss, sei ihm verziehen und zeigt zugleich unsere uneingeschränkte Leistungsbereitschaft für diesen Artikel. Die Wahlkampfteams von Cansel Kiziltepe (SPD), Sebastian von Hoff (Piraten) und Hans-Christian Ströbele (Die Grünen) baten um Terminaufschub, der uns bis zur letzten Minute vor dem Druck redaktionell herausforderte, hielten aber stets Kontakt und uns somit auf dem Laufenden. Was Götz Müller (CDU) unter Volksnähe versteht, erfahrt ihr – oder eben auch nicht – auf den folgenden Seiten. Nun genug der Floskeln, ich gebe das Wort ab an Ströbele, Wawzyniak, Kinziltepe, Metzner und von Hoff.

Finanzsystem

Wie das Finanzsystem mit seinem Zinseszins, setzt auch die Wirtschaft auf ewiges Wachstum. Doch dies generiert ein exponentiellen Anstieg und kann in geschlossenen Systemen nicht endlos funktionieren ohne einen Zusammenbruch herbeizuführen. In unserem Schuldgeldsystem, bei dem Geld ausschließlich durch Kreditaufnahme entsteht, zeigt sich dieser Irrsinn mit immer astronomischeren Summen. Die Realwirtschaft kann solche Zuwächse niemals erzielen. Der Kollaps ist somit die logische Konsequenz.

Frage: Verhindert und blockiert das Gerede vom unendlichen Wachstum nicht eine Weiterentwicklung zu höheren Organisationsstrukturen?

Hans-Christian Ströbele (Die Grünen): Nicht das Gerede ist so sehr das Problem,

sondern die auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaft und Gesellschaft. Der Glaube, das Wachstum des Bruttosozialproduktes werde schon alles zum Guten richten, verhindert das Nachdenken über andere Möglichkeiten für gesellschaftlichen Fortschritt.

Halina Wawzyniak (Die Linke): Ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Die Weltfinanzkrise des Jahres 2008 hat uns aufgezeigt, dass Finanzmärkte Regeln brauchen, die das Gemeinwohl sichern. Es muss verhindert werden, dass die Demokratien der Welt von Banken und Börsen erpressbar gemacht werden. Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt darf in Zukunft unreguliert sein. Wir wollen wieder eine Kultur der Nachhaltigkeit in der Wirtschaft etablieren, um eine zukunftsfähige und gerechte Wirtschaft zu garantieren.

Götz Müller (CDU): Keine Antwort bis Redaktionsschluss.

Helmut Metzner (FDP): Good News: Deutschland hat sich durch wachstumsorientierte Politik im internationalen Wettbewerb gut behauptet. Wachstum – nicht Wuchern – ist eine Perspektive auch für Weltregionen, die noch nicht den Wohlstand Europas genießen. Diese Menschen haben ein Recht auf Fortschritt. Das gibt es nicht ohne Wachstum.

Sebastian von Hoff (Piraten): Die Piratenpartei sieht das Ende der Wachstumsideologie und möchte die Gesellschaft wirtschaftlich so umstrukturieren, dass Wachstum nicht mehr als alleiniger heilbringender Faktor angesehen wird. Diese bringt unter anderem mit sich, dass Vollbeschäftigung nicht mehr erreichbar ist und als politisches Ziel aufgegeben werden sollte. Stattdessen sollte ein menschenwürdiges Leben aller in den Fokus rücken.

Frage: Welche alternativen Konzepte bietet Ihre Partei an, um aus dieser Einbahnstraße herauszukommen?

Ströbele (Die Grünen): Die Fixierung von Politik und Medien auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat uns in die Irre geführt. Der Raubbau an Mensch und Natur wurde uns als Wachstumserfolg verkauft. Aber über die wichtigsten Dinge, die ein Land erfolgreich und das Leben lebenswert machen, sagt das BIP nichts aus. Ist Wachstum mit Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit erkauft, macht uns das unter dem Strich sogar ärmer. Deshalb brauchen wir einen neuen Gradmesser für Wohlstand und Le-

bensqualität. Dafür wollen Bündnis 90/Die Grünen einen neuen Wohlstandsindikator etablieren. Der »grüne Wohlstandskompass« umfasst auch die sozialen und ökologischen Aspekte. Entsprechend fordern wir für Unternehmen ab einer bestimmten Größe neben der vorgeschriebenen finanziellen auch eine verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung über soziale und ökologische Kennzahlen. So können wir der wirtschaftlichen Entwicklung eine nachhaltigere Richtung geben.

Wichtig für eine bessere Beurteilung der gesellschaftlichen Errungenschaften ist die Entwicklung von Indikatoren, die folgende Dimensionen einbeziehen:

- Natur: Werden natürliche Ressourcen so gut es geht geschont?
- Gerechtigkeit: Sind Einkommen und Vermögen fair verteilt?
- Zufriedenheit: Fühlen sich Bürgerinnen und Bürger wohl im Land
- Wirtschaft: Haben wir die klassischen Wirtschaftszahlen nicht aus dem Blick verloren?

Wawzyniak (Die Linke): Eine andere Politik ist möglich: Einführung des Mindestlohns von zehn Euro die Stunde, Zurückdrängen von Leiharbeit, Befristungen und Minijobs, Erhöhung der Renten, Rücknahme der Rente erst ab 67 Jahren, Lohn- und Rentengerechtigkeit in Ostdeutschland, solidarische Gesundheitsversicherung, Vermögenssteuer, Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen und Anhebung der Hartz-IV-Sätze auf 500 Euro, Abzug aus Afghanistan und Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, Verbot von Waffenexporten – das sind Entscheidungen, die eine neue Regierung sofort treffen könnte, das sind unsere Sofortforderungen für einen Politikwechsel. Sie sind ein Anfang, können ein Einstieg in ein neues Modell von Gesellschaft sein, beschreiben eine Alternative zum Finanzkapitalismus. Ein Modell des Miteinanders, der praktischen Solidarität. Solidarität ist nicht ein Aufruf zum persönlichen Verzicht. Die Idee der Solidarität drückt sich darin aus, wie wir unsere Gesellschaft organisieren: In der gemeinsamen Gestaltung des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Infrastruktur; in einem verantwortlichen und zukunftsfähigen Modell des Wirtschaftens, das Soziales und Ökologisches verbindet, das Klassen überwindet und das der Demokratie dient und ihr nicht schadet.

Kiziltepe (SPD): Die Finanzmärkte müssen umfassend reguliert werden. Die SPD will die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um die Finanzmarktakteure endlich

... Fortsetzung von Seite 3

an den Kosten der Krise und an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen. Mit der Finanztransaktionssteuer wollen wir dazu beitragen, kurzfristige Spekulation zu verteuern und wichtige Einnahmen für den Staat zu erzielen. Akteure des sogenannten Schattenbanksektors müssen endlich reguliert werden, daher wollen wir einen transparenten Finanzsektor.

Müller (CDU): Keine Antwort bis Redaktionsschluss

Metzner (FDP): siehe oben

von Hoff (Piraten): Wirtschaft aufbauend auf dem Prinzip der »Commons« sowie das Bedingungslose Grundeinkommen.

Soziales

Die Sozialsysteme brechen immer deutlicher auseinander, durch immer effizientere Produktionsweisen und Auslagerung der Produktionsstätten in andere Länder werden nicht mehr alle Menschen von der Wirtschaft gebraucht. Trotz eines Überangebotes von Waren werden sie durch künstliche Verknappung bestimmten Schichten vorenthalten. Die Vorstellung, die Wirtschaft könne gesellschaftspolitische Probleme beheben, scheint sich als Fehler herauszustellen. Bedeutet dies nicht auch, dass der Staat eine neue Rolle einnehmen muss, bei dem die Sozialsysteme entkoppelt werden vom Arbeitsgedanken und hingehen müssen zum Unterhalt der Menschen an sich!?

Frage: Wie steht Ihre Partei zum Bedingungslosen Grundeinkommen?

Ströbele (Die Grünen): Ich bin dafür. Aber der Parteitag der Grünen hatte sich mit Mehrheit bisher dagegen entschieden. Die Diskussion in der Partei dauert aber an. Mir geht es vor allem darum, das Zwangs- und Repressionssystem der Hartz IV-Regelungen abzuschaffen. Das ist mit der Menschenwürde der Betroffenen nicht zu vereinbaren. Der letzte grüne Parteitag hat schon mal ein Moratorium für die Sanktionen beschlossen. Und der Zahlungssatz soll erhöht werden, zunächst auf 420 Euro. Dann soll er nach seriösen Neuberechnungen weiter den tatsächlichen Grundbedürfnissen angepasst werden.

Wawzyniak (Die Linke): In der Partei wird das noch diskutiert. Das betrifft sowohl die Frage, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen tatsächlich der richtige Ansatz ist, als auch natürlich die Frage, wie hoch ein solches Einkommen sein muss und ob es

überhaupt möglich ist, für ganz unterschiedliche Individuen ein einheitliches Grundeinkommen festzulegen. Ich persönlich bin für das bedingungslose Grundeinkommen.

Kiziltepe (SPD): Das Bedingungslose Grundeinkommen ist weder eine sinnvolle Antwort auf die bestehenden Problemlagen und Verwerfungen noch ein sinnvoller Baustein einer auf Inklusion zielenden Sozialpolitik. Vielmehr sollten für unterschiedliche Verwerfungen und Problemlagen angemessene, deshalb unterschiedliche Instrumente der Grundsicherung bereitgestellt und überdies mit der Ermöglichung von Erwerbsarbeit sowie einem verbesserten Angebot von sozialer Infrastruktur kombiniert werden.

Müller (CDU): Keine Antwort bis Redaktionsschluss

Metzner (FDP): Good News: Die FDP tritt für das liberale Bürgergeld ein. Sie lehnt dagegen das sogenannte Bedingungslose Grundeinkommen ab. Im Rahmen eines liberalen Bürgergeldes werden steuerfinanzierte Sozialleistungen und ihre Verwaltung pauschalisiert und zu einem Grundbetrag zusammengefasst, der die Grundsicherung des Einzelnen gewährleistet. Dieser Grundbetrag wird mit der Einkommenssteuer verrechnet, so dass einerseits mit wachsendem Einkommen die staatlichen Transferleistungen bis zum Erreichen der Transfergrenze sinken. Andererseits wird über eine Freibetragsregelung sichergestellt, dass das Nettoeinkommen bei Aufnahme einer Beschäftigung immer höher ist als der alleinige Transferbezug. So gewährleistet liberale Politik ein Mindesteinkommen für jeden Bürger ohne Arbeitseinkommen zu benachteiligen. Das Bürgergeld beruht auf dem Prinzip „Keine Leistung ohne Bereitschaft zur zumutbaren Gegenleistung“ und hält an der Bedürftigkeitsprüfung fest. Die Solidarität derer, die den Sozialstaat finanzieren, kann sich nicht auf Vermögensmillionäre erstrecken.

von Hoff (Piraten): Die Piratenpartei ist die einzige Partei, die das BGE im Wahlprogramm stehen hat.

Sicherheit

Nicht erst seit »Prism« und »Tempora« werden viele Bürger das Gefühl nicht los, dass die heutige Überwachung und Durchleuchtung nicht allein die Terroristen als Ziel hat, sondern als Alibi vorgeschoben werden, um alle Bürger im Visier zu haben. Dass sich viele Parlamentarier erschrocken geben verwundert, da mit »INDECT« seit

Jahren ein gleichwertiger Überwachungsapparat aufgebaut wird. Den Generalverdacht auf alle Bürger auszuweiten hinterlässt den faden Beigeschmack, dass dieser Demokratie totalitäre Züge injiziert werden. Wenn der Staat sein prinzipielles Misstrauen gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern ausspricht, wie kann er erwarten, dass seine BürgerInnen ihm vertrauen!?

Frage: Wo zieht Ihre Partei die Grenze beim Eingriff in die Privatsphäre der Bürger und wie sieht die Gewichtung zwischen Freiheit und Sicherheit aus?

Ströbele (Die Grünen): Die Auspähung der Kommunikation der Bevölkerung ist unerträglich und mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren. Seit der Volkszählung in den 1980er Jahren bin ich sensibilisiert und dagegen engagiert. Das Bundesverfassungsgericht ist seither auf unserer Seite und hat das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung aus der Verfassung abgeleitet. Die Grünen lehnen die Vorratsdatenspeicherung, die Überwachung des Internets und anlassloses Abfilmen/Videoüberwachung des öffentlichen Raums ab. Freier und offener Zugang zum Internet, in dem Netzneutralität herrschen muss, ist zu einem selbstverständlichen Grundrecht geworden.

Der Kampf gegen terroristische Bedrohung kann nicht alles rechtfertigen, Er wird häufig auch nur als Vorwand für die Einschränkung der Bürgerrechte und Überwachung missbraucht. Für die Abwehr von konkreten Gefahren ist die Polizei zuständig. Auch sie darf nur unter bestimmten Voraussetzungen streng richterlich und parlamentarisch kontrolliert überwachen. Absolute Sicherheit ist ohnehin ein trügerisches Versprechen. Am Ende geht beides verloren. Die Freiheit und damit auch die Sicherheit. Denn wer sich nicht frei fühlt, der fühlt sich überwacht, gegängelt und nicht sicher.

Wawzyniak (Die Linke): Es gilt, die Privatheit der Kommunikation wieder herzustellen. Für die Demokratie ist die Einhaltung der Privatsphäre elementare Voraussetzung. Wer nicht mehr weiß, wer welche Daten von einem wo gespeichert oder Zugriff auf diese hat, der bewegt sich nicht frei. Deshalb ist klar: Keine Bestandsdatenauskunft und keine Vorratsdatenspeicherung unter welchem Namen (Mindestspeicherfrist, Quick Freeze) auch immer! Eine anlasslose Kontrolle der Kommunikation von Einwohnerinnen und Einwohnern ist strikt abzulehnen.

Aber noch ein anderer Aspekt ist wichtig. Ich meine die legale Datenweitergabe und die ständig ausufernden Befugnisse die persönlichen Daten zum Beispiel von Asylsuchenden und Geflüchteten sowie ALG II-Empfängenden aufzunehmen und weiterzugeben. Es lohnt sich ein Blick in Kapitel 4 des Aufenthaltsgesetzes. So regelt der § 87 Abs. 2 beispielsweise die Übermittlungspflicht öffentlichen Stellen (Ausnahmen: Schulen sowie Bildungs- und Erziehungseinrichtungen) an die Ausländerbehörde sobald diese z.B. Kenntnis über den Aufenthalt ohne Aufenthaltstitel, einen Verstoß gegen die räumliche Beschränkung (Residenzpflicht) oder sonstige Ausweisungsgründe erhalten. Nach § 87 Abs. 4 haben die für die Einleitung und Durchführung eines Straf- oder eines Bußgeldverfahrens zuständigen Stellen die Ausländerbehörde unverzüglich über die Einleitung des Strafverfahrens sowie die Erledigung des Straf- oder Bußgeldverfahrens unter Angabe der gesetzlichen Vorschriften zu unterrichten. Das mag mit ein wenig Fantasie noch als anlassbezogen durchgehen, macht es politisch aber kein

Stück besser. Nach § 90a jedoch findet jährlich ein Austausch zwischen Ausländer- und Meldebehörde zu Daten meldepflichtiger Ausländer statt. Zu diesen gehören u.a.

- Familien, Geburts- und Vorname
- Tag, Ort und Staat der Geburt
- Staatsangehörigkeiten
- letzte Anschrift im Inland

Nur weil jemand meldepflichtiger Ausländer ist, werden die Daten offensichtlich anlasslos zwischen beiden Behörden ausgetauscht. Ein Blick in das Kapitel 6 des SGB II macht sehr deutlich, dass hier ebenfalls Handlungsbedarf besteht. Wer schon einmal einen Antrag für ALG II ausgefüllt oder beim Ausfüllen eines solchen Antrages geholfen hat, wird feststellen, dass mitnichten nur die »erforderlichen« Daten - wie es § 51b Abs. 1 SGB II vorsieht - erhoben werden. Der § 52 SGB II (Automatisierter Datenabgleich) ist dann aber nichts weiter als ein anlassloser Datenaustausch, eine lückenlose Überwachung auf Vorrat von ALG II-Beziehenden. Nach § 52 Abs. 1 SGB II überprüft die Bundesagentur und die zuge-

lassenen kommunalen Träger Personen, die ALG II beziehen zum 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober im Wege des automatisierten Datenabgleichs daraufhin,

- ob und in welcher Höhe und für welche Zeiträume von ihnen Leistungen der Träger der gesetzlichen Unfall- oder Rentenversicherung bezogen werden oder wurden,
- ob und in welchem Umfang Zeiten des Leistungsbezuges nach diesem Buch mit Zeiten einer Versicherungspflicht oder Zeiten einer geringfügigen Beschäftigung zusammentreffen,
- ob und welche Daten nach § 45d Absatz 1 und § 45e des Einkommensteuergesetzes an das Bundeszentralamt für Steuern übermittelt worden sind,
- ob und in welcher Höhe ein Kapital nach § 12 Absatz 2 Nummer 2 nicht mehr dem Zweck einer geförderten zusätzlichen Altersvorsorge im Sinne des § 10a oder des Abschnitts XI des Einkommensteuergesetzes dient,
- ob und in welcher Höhe und für welche Zeiträume von ihnen Leistungen

Anzeige

Erntedankfest

am 05.10.2013, ab 14 Uhr
mit Livemusik und Basar



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter laden Sie zu einem Besuch im Lutherheim ein und heißen Sie herzlich willkommen!

Mit selbstgebackenem, frischem Kuchen, dazu heißen Kaffee und einem großen Angebot für jeden Geschmack, u.a. Basteleien und handwerkliche Dekorationen.

Lutherheim, Müllenhoffstr. 5, 10967 Berlin

Das kleine und gemütliche Lutherheim verfügt über 28 Einzel- und 14 Doppelzimmer für 59 Pflegeplätze. Die Zimmer sind auf Wunsch möbliert und ausgestattet mit einem rollstuhl- und behindertengerechten Pflegebad. Das Mitbringen von eigenen Möbeln ist möglich. Jedes Zimmer verfügt über einen TV- und Telefonanschluss. Ein Fahrstuhl ermöglicht den barrierefreien Zugang in alle fünf Etagen. Wir beraten Sie gerne individuell und persönlich.

Rufen Sie uns einfach unter **030-200508572** an.



... Fortsetzung von Seite 5

der Träger der Sozialhilfe bezogen werden oder wurden,

- ob und in welcher Höhe und für welche Zeiträume von ihnen Leistungen der Bundesagentur als Träger der Arbeitsförderung nach dem Dritten Buch bezogen werden oder wurden,
- ob und in welcher Höhe und für welche Zeiträume von ihnen Leistungen anderer Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende bezogen werden oder wurden.

Es ist nicht so, dass diese Daten abgerufen werden, wenn ein Verdacht besteht, nein diese Daten werden vierteljährlich automatisch abgerufen. Diese Regelung stellt pauschal alle ALG II-Beziehende unter Generalverdacht. Deshalb wäre es angebracht diese Regelung sofort wieder zu streichen.

Kiziltepe (SPD): Die SPD ist der Überzeugung, dass sich Freiheit und Sicherheit in einer Demokratie gegenseitig bedingen. Wir wollen, dass unsere Ermittlungsbehörden auf Augenhöhe mit hochtechnisierten Kriminellen bleiben. Die für die digitale Welt vorhandene Sicherheitsarchitektur muss stetig auf ihre Effektivität, aber auch Verhältnismäßigkeit geprüft werden. Wenn durch das Programm „Prism“ tatsächlich millionenfach private Kommunikationsdaten in Deutschland abgegriffen wurden, ist das mehr als fragwürdig. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, mehr politischen Druck auf die USA auszuüben, um stichhaltige Informationen über die im Raum stehenden millionenfachen Grundrechtsverletzungen zu erhalten.

Es ist unbedingt notwendig, sich auch auf internationaler Ebene für einen effektiven Datenschutz einzusetzen. Die SPD will den Umgang mit Verbindungsdaten auf die Verfolgung schwerster Straftaten beschränken und Datenarten und Speicherdauer hinsichtlich ihrer Eingriffsintensität differenzieren. Wir sind gegen eine Speicherung von Bewegungsprofilen.

Müller (CDU): Keine Antwort bis Redaktionsschluss.

Metzner (FDP): Good News: Die FDP tritt seit jeher konsequent für den Schutz der Bürgerrechte und die Wahrung der Privatsphäre des Einzelnen ein. Für uns gilt: Im Zweifel für die Freiheit. Das Prinzip des liberalen Rechtsstaats steht für Liberale Eingriffen und Kontrollen entgegen, die lediglich die Illusion von Sicherheit herstellen aber die Freiheit begrenzen. Deshalb spricht die FDP sich beispielsweise gegen die Fort- und Umsetzung von INDECT auf EU-Ebene

auf. Deshalb lehnen Liberale die anlasslose Vorratsdatenspeicherung seit Jahren konsequent ab. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat als FDP-Justizministerin die verfehlte EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung eben deshalb nicht umgesetzt. Auch ist es Ziel der FDP ein besonders hohes Schutzniveau bei der künftigen EU-Datenschutzverordnung zu verankern und ein modernes, technikfestes Datenschutzrecht zu schaffen.

von Hoff (Piraten): Wer Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu erhalten, wird am Ende beides verlieren.

Eurokrise

Paul Wolfowitz schrieb im Jahr 2000 nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in dem Buch »Rebuilding the America's Defense«, dass kein Staat nur annähernd so stark werden dürfe wie die USA. Darin betitelt er auch explizit die Rivalen und schließt in den Kreis von Indien, China, Brasilien und Russland auch die Europäische Union mit ein. Der ehemalige Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, ging in seinem Buch »The Grand Chessboard« (deutscher Titel: »Die einzige Weltmacht«) sogar noch ein Schritt weiter und bezeichnete Europa als Vasallen der USA.

Frage: Warum holte Deutschland bei einem europäischen Problem den »IWF« mit ins Boot, obwohl er unstrittig ein verlängerter Arm der amerikanischen Außenpolitik ist?

Ströbele (Die Grünen): Das weiß ich nicht. Aber es ging wohl darum, dass dessen Finanzmittel gebraucht wurden. Die EU-Länder waren nicht bereit, genügend Geld zur Verfügung zu stellen. Ich weiß von der unheilvollen Politik des IWF in den Ländern des Südens. Aber in Europa war der IWF der erste Geldgeber, der eine Lockerung der Sparauflagen für Griechenland forderte und damit bei der Bundesregierung und gerade auch bei der Kanzlerin auf heftigen Widerspruch stieß.

Wawzyniak (Die Linke): Da bin ich die falsche Adressatin. Meine Partei hätte den IWF ganz sicher nicht mit ins Boot geholt. Er steht für Deregulierung, Privatisierung und Methoden, durch die Verursacher der Finanzkrise begünstigt und Leidtragenden noch mehr Lasten aufgebürdet werden. Die Jünger der Chicagoer Schule haben schon über viele Länder – vor allem in Lateinamerika – viel Leid gebracht.

Kiziltepe (SPD): siehe oben

Müller (CDU): Keine Antwort bis Redaktionsschluss

Metzner (FDP): siehe oben

von Hoff (Piraten): Die Piratenpartei möchte die Zukunft gestalten und keine Exegese Merkelscher Politik betreiben. Bitte stellen Sie diese Frage der Kanzlerin.

Machtfrage

Viele Wähler sehen die Politik nur noch als Erfüllungsgehilfen der Wirtschaft und des Finanzsektors. Berichte, wie der von Herrn Mappus und von »EnBW« in Baden-Württemberg scheinen nur die Spitze des Eisberges zu sein. Selbst aus den Reihen der Politik hört man immer öfter Stimmen, die sich von Lobbyisten bedrängt fühlen. Vorgeschriebene Gesetzesentwürfe, die eins zu eins umgesetzt werden oder nicht nachvollziehbare und unter Zeitdruck entstandene Entscheidungen wie beim »ESM« oder »Lisabonvertrag«, bei denen viele Politiker oft noch nicht einmal wissen, was sie dort entschieden haben, lassen den Bürger irritiert und mit zornigen Gefühlen allein.

Frage: Was entgegnet Ihre Partei denjenigen, die der Politik die Kompetenz, den Willen und inzwischen auch die Macht absprechen dem Finanzsektor und den Großkonzernen Paroli bieten zu können?

Ströbele (Die Grünen): Na ja, da ist was dran. Demokratie benötigt ausreichende Beratungszeit. Eilentscheidungen, in denen über hunderte Milliarden Steuergelder beschlossen wurde, habe auch ich für falsch gehalten. Ich will in so wichtigen Fragen Zeit haben, die Verträge zu studieren, um zu wissen, über was ich entscheide – auch wenn die Unterlagen noch so dick sind.

Ich bin dafür, den Finanzsektor zu regulieren, auch wenn ich nicht die Illusion habe, dass das in absehbarer Zeit erfolgreich ist. Noch bestimmen die Ratingagenturen die Politik eher als umgekehrt die Politik den Finanzmarkt. Der morgendliche Blick auf die neuesten Kapriolen des Finanzmarktes und die Einstufung der Agenturen scheint für viele Regierungen der Welt und auch der Deutschlands die wichtigsten Vorgaben ihres Handels hervorzubringen. Die Experten der Banken sind die falschen, um die Finanzkrise im Interesse der Bevölkerung zu lösen. Sie haben offensichtlich zu viele Eigeninteressen und sind befangen. Vor allem dürfen sie nicht gar noch als Mitarbeiter in den Ministerien die Gesetze formulieren, die den Finanzsektor regulieren sollen.

Wawzyniak (Die Linke): *Politische Fragen müssen auch künftig politisch gelöst werden. Also kann es nur darum gehen, dafür zu sorgen, dass andere Politikerinnen und Politiker eine andere Politik machen. Ich sagte denen also: Sie wählen die falsche Partei. Wenn Sie uns wählen, wird die Macht der Großkonzerne und des Finanzsektors ganz sicher die Stim geboten.*

Kiziltepe (SPD): *Konservative und liberale Regierungen wie in Deutschland schützen lieber Banken und Finanzjongleure, als die Menschen vor deren rücksichtslosen Spekulationen. Unser Grundsatz lautet: Vorrang für realwirtschaftliche Investitionen gegenüber der Spekulation und Rückführung des Finanzsektors auf seine eigentliche Aufgabe: Dienstleister der Realwirtschaft zu sein.*

Müller (CDU): *Keine Antwort bis Redaktionsschluss.*

Metzner (FDP): *Good News: Die Bundesregierung unter Beteiligung der FDP und die Europäische Union sind bereits tätig geworden: Die EU-Richtlinie zur Regulierung von Ratingagenturen, die im Juni 2013 in Kraft getreten ist, zeigt sehr deutlich, dass die Politik – insbesondere wenn die Staaten auf europäischer Ebene zusammenarbeiten – auch weiterhin sowohl die Kompetenz, den Willen und auch die Möglichkeiten haben, den Finanzsektor zu regulieren. Auch das EU-Parlament hat beispielsweise Regeln beschlossen wann und wie Rating-Agenturen Staatsschulden und die finanzielle Situation von Privatunternehmen bewerten dürfen. Danach können die Agenturen unangeforderte Staatsschulden-Bewertungen nur noch zu bestimmten Zeitpunkten ausgeben. Die FDP hat diese Maßnahmen zur Regulierung von Ratingagenturen immer nachdrücklich unterstützt.*

von Hoff (Piraten): *Ein Grundpfeiler der Piratenpartei ist die Überzeugung, dass unser politisches System ein Update nötig hat. Berufspolitiker sind ein Problem, insbesondere im Bezug auf den finanzstarken Wirtschaftslobbyismus. Daher setzen wir uns dafür ein, dass alle Entscheidungen und Wege dahin transparent gemacht werden müssen. In Berlin gibt es zum Beispiel mittlerweile Audio-Streaming aus dem Ausschuss, in dem die Piraten den Vorsitz innehaben.*

Weiterhin setzen wir uns für direktere Wege der Bürgerbeteiligung ein, um die institutionelle Macht der Berufspolitiker zu untergraben. Wenn Wenige Entscheidungen treffen, sind diese leicht zu beeinflussen,

durch Beteiligung eines größeren Anteils der Bevölkerung kann dieses Problem drastisch reduziert werden.

Religion

Die Trennung von Staat und Kirchen ist in Deutschland nicht umfassend, wie zum Beispiel konfessionell gebundener Religionsunterricht an staatlichen Schulen, theologische Fakultäten an Universitäten, staatlich mitfinanzierte kirchliche Sozialeinrichtungen. Außerdem genießen Kirchen zahlreiche geldwerte Vorteile, wie kostenlose Werbung in öffentlich rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten usw. Man spricht dementsprechend von einer hinkenden Trennung von Staat und Kirche.

Frage: Ist dieser Zustand angesichts großer Bevölkerungsanteile, die nicht religiös gebunden sind, noch zeitgemäß und legitim?

Ströbele (Die Grünen): *Persönlich gehöre ich keiner Religionsgemeinschaft an. Jeder soll aber glauben dürfen, was er mag. Kirchen sind zuweilen gute Bündnispartner in sozialen Fragen oder beim Kirchenasyl. Missionierung durch kirchliche Einrichtungen sollte nicht staatlich subventioniert werden, sondern der Staat muss gegenüber Glaubensgemeinschaften neutral bleiben.*

Wawzyniak (Die Linke): *Ich bin für die konsequente Trennung von Staat und Kirche. Also finde ich den Zustand nicht zeitgemäß.*

Kiziltepe (SPD): *Ich setze mich für eine strikte Trennung von Kirche und Staat ein.*

Müller (CDU): *Keine Antwort bis Redaktionsschluss*

Metzner (FDP): *Good News: Die Grundlagen für die hinkende Trennung von Staat und Kirche, die wir in Deutschland haben, sind bereits mit der Weimarer Reichsverfassung von 1919 geschaffen und größtenteils mit in unser Grundgesetz übernommen worden. Im Rahmen dieser durch das Grundgesetz vorgegebenen Regelungen setzt die FDP sich für eine größtmögliche Trennung von Staat und Kirche ein. Wesentlich ist für uns Liberale, dass der Staat gegenüber allen Religionsgemeinschaften neutral ist und deren Freiheit und Gleichbehandlung gewährleistet. Derzeit ist die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland immer noch religiös gebunden, auch wenn der Anteil der religiös Ungebundenen stetig wächst. Das erschwert die Fortentwicklung*

des säkularen Staates, zumal selbst Grüne inzwischen kirchliche Strukturen für ihre Politik und Ideen nutzen.

von Hoff (Piraten): *Nein.*

Drogenpolitik

Die deutsche Drogenpolitik ist von Willkür bestimmt, nicht jedoch von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Einerseits werden härtere Drogen wie Alkohol generös behandelt oder verharmlost. Leichtere Drogen wie Cannabis werden bewusst in einer rechtlichen Grauzone teils geduldet und für fragwürdige Medikamente läuft jeden Tag Werbung im Fernsehen. Manchmal werden Konsumenten als Kranke betitelt, ein anderes Mal als Kriminelle verfolgt. Diese Handhabung lässt zu, dass jederzeit Zugriffsrechte auf Bürger greifen können, sei es im Straßenverkehr, bei Sportlern, bei Bewerbungen in Betrieben und vieles mehr. Dass es andere Modelle gibt, zeigt Portugal, das Drogensucht als Krankheit ansieht. Drogensucht geht durch alle Schichten, doch wird bei der Repression sehr oft mit zweierlei Maß gemessen und oft sind bestimmte Bevölkerungsgruppen im Vorteil. Ein Blick in die USA zeigt, dass die leistungssteigernde und bei Börsenmaklern beliebte sogenannte Wall Street-Droge »Adderall« immer noch legal verschrieben wird und dass bei offiziell 8,2 Millionen Abhängigen.

Frage: Wenn schon eine auf Verbot und Kontrolle ausgerichtete Drogenpolitik in Deutschland stattfindet, ist es dann nicht längst überfällig Drogentests bei denen durchzuführen, die durch ihre Entscheidungen das Leben anderer maßgeblich mitbestimmen?

Ströbele (Die Grünen): *Mit Drogen sollte grundsätzlich gleich umgegangen werden, entsprechend ihrer Gefährlichkeit. Drogentest halte ich nur für zulässig, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass Leben und Gesundheit von Menschen gefährdet sind.*

Wawzyniak (Die Linke): *Ich bin gegen eine auf Verbot und Kontrolle ausgerichtete Drogenpolitik, deshalb kann ich auch nicht dafür sein, diese Politik auch noch auf politische Entscheidungsträgerinnen und -träger auszuweiten.*

Kiziltepe (SPD): *Ich denke, dass Drogentests für Politiker vor wichtigen Abstimmungen im Bundestag oder jegliche*

... Fortsetzung von Seite 7

andere Drogentests, die ohne klares Verdachtsmoment vorgenommen werden, ein unbegründeter Eingriff in die Privatsphäre der jeweiligen Menschen darstellen würde. Eine stärkere Drogenkontrolle bei bestimmten Berufs- oder Bevölkerungsgruppen empfinde ich als diskriminierend.

Müller (CDU): Keine Antwort bis Redaktionsschluss

Metzner (FDP): Good News: Als Liberale vertrauen wir auf den verantwortungsbewussten Umgang der Menschen mit dem eigenen Leben. Dies gilt auch in der Sucht- und Drogenpolitik. Deshalb ist es unser Ziel den verantwortungsvollen Umgang mit legalen Drogen und den Verzicht auf illegale Drogen zu unterstützen. Deshalb setzt die FDP zuerst auf Prävention und Therapie und erst dann auf, wenn und wo notwendig, auf Verbot und Repression. Jede Politik, die zuerst und vor allem auf einer konstanten Kontrolle des einzelnen Individuums basiert ist mit unserem liberalen Menschenbild vereinbar. Die FDP Berlin sieht keinen Grund, den Eigenkonsum von Cannabis durch Erwachsene juristisch anders zu bewerten als etwa den Verbrauch von Tabak und Alkohol.

von Hoff (Piraten): Antwort auf beide Fragen: Die Piratenpartei setzt sich für die Freigabe aller Drogen und gegen Repression ein. Dabei schließt Repression auch Drogentests ein. Kein Mensch, Politiker oder nicht, soll dem Staat gegenüber seine Genussmittelpreferenzen offenlegen müssen. Eine Ausnahme stellt die Beteiligung an potentiell Dritte gefährdenden Unternehmungen dar, z. B. Autofahren. Hier sind Drogentests sinnvoll, für Politiker und andere Menschen.

Umverteilung

Ein Blick in die Statistiken zeigt, dass die Vermögensverteilung auch in Deutschland Ausmaße angenommen hat, die zutiefst ungerecht und nur durch einen eklatanten Machtmissbrauch erklärbar sind. In einem Gesellschaftsmodell, in dem Geld als Machtfaktor wirkt, hat dies zur Folge, dass eine immer kleiner werdende Zahl von Menschen über eine immer größer werdende Zahl von Menschen bestimmen kann. Dies führt jetzt schon zu massiven Unruhen in Europa und könnte schnell zu einem Flächenbrand anwachsen. Wie Studien zeigen, sinkt selbst die Lebensqualität von Menschen, die von diesem System profitieren (Robin Hood Index).

Frage: Was will Ihre Partei gegen diesen Trend unternehmen, um wieder mehr Gerechtigkeit herzustellen, um ein Auseinanderbrechen der Gesellschaft zu verhindern?

Ströbele (Die Grünen): Wir wollen die Lasten neu verteilen. Wer mehr verdient soll nach einem höheren Steuersatz besteuert werden, nicht nur mehr Steuern zahlen. Und die Reichen sollen zukünftig wieder zur Vermögenssteuer bzw. zu einer Vermögensabgabe herangezogen werden.

90 Prozent der Bevölkerung sollen bei der Einkommenssteuer entlastet werden. Hartz-IV-Empfänger sollen mehr bekommen und für alle soll der Mindestlohn von 8,50 Euro gelten. Die Umverteilung von unten nach oben soll umgekehrt werden. Die Erbschaftssteuer wird zudem für riesige Vermögen erhöht. Es soll eben sozial gerechter zugehen, hier bei uns und überall.

Wawzyniak (Die Linke): Wir wollen eine Vermögenssteuer für Millionärinnen und Millionäre, wobei die erste Million steuerfrei bleibt. Wir wollen die Einnahmen aus Erbschaftssteuern erhöhen und ebenso die Körperschaftssteuer, die wieder auf 25 Prozent angehoben werden soll. Wir wollen eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von zehn Prozent ab einem persönlichen Freibetrag von einer Million Euro – bei Betriebsvermögen zwei Millionen Euro –, 20 Prozent ab zehn Millionen Euro und 30 Prozent ab 100 Millionen Euro. Wer weniger als 6000 Euro Einkommen im Monat hat, muss weniger Steuern bezahlen, wer mehr verdient, muss höhere Steuern bezahlen.

Kiziltepe (SPD): Die Ungleichheit in der Vermögensverteilung in Deutschland sowie in Europa und die wachsende Spanne zwischen Arm und Reich sind Probleme, die die SPD erkennt und aktiv angehen wird. Um der wachsenden sozialen Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, setzen wir uns für einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro ein. Leiharbeit darf reguläre Beschäftigung nicht verdrängen, deshalb ist sie zu begrenzen. Die Mitbestimmung der Betriebsräte ist zu stärken, wenn es um Dauer und Umfang der Leiharbeit in ihren Betrieben geht. Zudem gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. In der Mietpolitik brauchen wir eine Mietpreisbremse, um die Verdrängung der Menschen aus ihren Wohquartieren zu stoppen. Und wir brauchen die Stärkung der Einnahmensei-

te des Staates, damit der seinen Aufgaben umfangreich nach kommen kann. Deshalb: Für Investitionen in die inzwischen marode Infrastruktur, in Bildung und Kitas sieht die SPD die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Einführung einer Vermögenssteuer und ein scharfes Vorgehen in Sachen Steuerbetrug vor.

Müller (CDU): Keine Antwort bis Redaktionsschluss

Metzner (FDP): Good News: Das Gerechtigkeitsgefühl ist individuell. Es entzieht sich staatlicher Reglementierung. Politik sollte sich darauf konzentrieren, für jeden einzelnen in dieser Gesellschaft die Chance auf Wohlstand, Bildung und Selbstverwirklichung zu schaffen und das Risiko von Armut zu minimieren. Nur so lässt sich der Zusammenhalt der Bürger unseres Landes fördern. Das geht nur über die Verbindung von sozialen Ausgleich und Wettbewerb – also soziale Marktwirtschaft. Die müssen wir bewahren und stärken und zukunftsfähig machen. Konkret wollen wir mit dem liberalen Konzept des Bürgergeldes den Menschen eine Grundsicherung schaffen, die sie befähigt aus eigener Kraft den Aufstieg zu schaffen. Aber auch der Rahmen muss stimmen: Staatsschulden müssen abgebaut werden, die Stabilität der Währung gesichert werden und Energie für alle gesichert und bezahlbar bleiben.

von Hoff (Piraten): Die Piratenpartei setzt sich für das bedingungslose Grundeinkommen ein, um jedem Menschen eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Momentan ist der überwiegende Teil der Menschen vom Geld anderer abhängig. Die grundsätzliche Unabhängigkeit des Einzelnen vom Geld anderer führt hier auch dazu, dass das Geld einen großen Teil seines Einflusses verliert.

Wir bedanken uns im Namen des Volkes bei allen Direktkandidatinnen und Direktkandidaten für ihre Antworten auf unsere Fragen. Mit der Gewissheit, dass nicht die beste Partei gewinnen wird, aber dennoch mit der Hoffnung an ihren Wahlsieg verbleiben wir mit einem freundlichen Gruß und

Möge die Beste gewinnen!

Geschrieben von bookfield (Fragen/Text) und Olly (Korrespondenz/Text)

Den vollständigen Fragenkatalog gibt es im Internet unter <http://www.derkreuzberger.de/ausgabe>

DAS REGIERUNGSVIERTEL

Schaltzentrale der Macht

Das Regierungsviertel, die Schaltzentrale der Macht, befindet sich im Herzen der Stadt, in den Ortsteilen Tiergarten und Mitte. Es erstreckt sich von der Wilhelmstraße im Süden bis zur Invalidenstraße im Norden und vom Schloss Bellevue im Westen bis zur Fischerinsel im Osten. Auf diesem Gebiet verteilt befinden sich das Reichstagsgebäude, der Deutsche Bundestag und das Band des Bundes mit dem Bundeskanzler(innen)amt. Des Weiteren befinden sich dort das Paul-Löbe-Haus in dem sich die Abgeordnetenbüros und die Sitzungssäle des Bundestages befinden sowie das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, welches den Große Anhörungssaal und das wissenschaftliche Dienstleistungszentrum beheimatet.

Lage

Der kulturell wertvollste Bau ist neben dem Brandenburger Tor, das Reichstagsgebäude (geöffnet von 8-24 Uhr, der Eintritt ist frei). Es wurde von dem Architekten Paul Wallot im Stil der Neorenaissance entworfen und in den Jahren 1884 bis 1894 auf einer Grundfläche von 13.290 m² errichtet. Das Gebäude hat eine Höhe von bis zu 47 Metern und wurde von 1994 bis 1999 umfangreich saniert. Während dieser Zeit wurde es von dem Künstlerpaar Christo und Jeanne-Claude zu einem Kunstwerk umfunktioniert. Unter dem Motto »Verhüllter Reichstag« überspannten sie das Gebäude im Jahr 1995 mit einem Gewebetuch.

Geschichte

Ein Gebäude, das dem Reichstag des Deutschen Kaiserreichs sowie auch dem der Weimarer Republik ausreichte, um Politik zu zelebrieren, genügte dem großwahn-sinnigen Nazi-Regime natürlich nicht und so bauten sie weitere kolossale Gebäude wie das Detlev-Rohwedder-Haus in der Wilhelmstraße. Es wurde 1935 nach den Plänen des Architekten Ernst Sagebiel errichtet. Die heutige Verwendung als Bundesministerium für Finanzen fügt sich nahtlos an die ursprüngliche Nutzung als Reichsluftfahrtmuseum an. Beide Einrichtungen hatten beziehungsweise haben es mit abhebender Materie zu tun. Das Reichsluftfahrtmuseum mit Fluggeräten und das Bundesministerium für Finanzen mit Politikern. Diese Tatsache reflektierend betrachtend, erkennt man, dass die sich an der Macht befindliche Regimeelite gar noch großwahn-sinniger ist, als die längst der Geschichte angehörenden. Sie haben für über 3,44 Milliarden Euro das Regierungsviertel um weitere Gebäude erweitert. Dazu gehören wie bereits erwähnt das Paul-Löbe-Haus, das Marie-Elisabeth-

Lüders-Haus und das, als »Waschmaschine« bekannte Bundeskanzleramt. Dass die Regierung mit dem Ausbau des Regierungsviertels nicht nur ihren Größenwahn offen zur Schau stellt, sondern obendrein auch unser hart verdientes Steuergeld mir nichts dir nichts zum Fenster hinausgeworfen hat, zeigen die bereits im Jahr 2010 aufgetretenen Baumängel (über 900!), deren Beseitigung über 68 Millionen Euro gekostet hat.

Aktuell

Damit das Pack unter sich bleibt und ungestört dem Volk das Fell über die Ohren ziehen kann, befinden sich auch die meisten Wirtschaftsverbände und Interessenvertretungen im Regierungsviertel. Die Ländervertretungen gönnen sich auf Kosten der Steuerzahler ebenfalls einige der besten Grundstücke im Stadtzentrum. Da sich auch ausländische Botschaften in dem Regierungsviertel befinden, könnte man manch diplomatische Verwicklung als Nachbarschaftskrieg bezeichnen.

Im Zuge dieses TouriTipp möchte ich es nicht versäumen, meinen Aufruf zu erneuern, der die Bitte beinhaltet, nicht mehr benötigte Silvesterböller der Kreuzberger-Redaktion zukommen zu lassen, damit wir dem »alternativlosen« Ziel näher kommen eine Superbombe zu bauen, mit der wir das Regierungsviertel zusammen mit all seinen sich dort aufhaltenden politischen Nichtskönnern in dem sandigen Untergrund der Stadt verschwinden zu lassen. Getreu dem Motto der volkswirtschaftlich gewichtigen Märkte: Abreißen und neu bauen.

Interessante Orte in der Nähe

In Zeiten, wie diesen, in denen Hartz-IV-Empfänger mit ihren Leistungen nicht wissen wie sie überleben sollen und mehr oder weniger schwer Arbeitende sich von der Politik eine »spätromisch dekadente« Lebensweise nachsagen lassen müssen, ist es mehr als nur eine bodenlose Frechheit, dass sich unsere Damen und Herren Volksvertreter mit allem umgeben, was das arme unterbezahlte und von Stress zerfressene Politiker-Herz begehrt. Wer also das nötige Kleingeld oder die schwarze American Express-Karte auf Tasche hat, kann in unzähligen Läden, Galerien, Boutiquen und Restaurants im und um das Regierungsviertel herum seine Urlaubskasse plündern. Darüber hinaus finden sich im direkten Umfeld aber auch noch weitere Sehenswürdigkeiten. Westlich vom Regierungsviertel liegt der Tiergarten mit seinen Skulpturen. Das Richard-Wagner-Denkmal mit mit einigen Figuren aus seinen

Opern, Otto von Bismarck der auf seinem Sockel 15 Meter empor ragt und das aufwendig restaurierte Musiker-Denkmal von 1904 sind nur drei der insgesamt 67 Skulpturen. An der Straße des 17. Juni befindet sich zudem das Sowjetische Ehrenmal mit zwei T-34-Panzern. In östlicher Richtung reihen sich links und rechts des Boulevards Unter den Linden geschichtsträchtige Gebäude aneinander. Darunter die Staatsbibliothek, die Neue Wache und das Kronprinzenpalais.

Anfahrt

Obwohl die Fahrradwege, wie in der letzten Ausgabe berichtet, ungenügend ausgebaut sind, ist die Anfahrt mit dem Drahtesel schon aus dem Grund zu empfehlen, um die letzte Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Personennahverkehr von 2,40 Euro auf 2,60 Euro je Fahrtstrecke nicht zu unterstützen. Dennoch hier die Alternative mit dem ÖPNV.

S-Bahn: Linie 25/Station Brandenburger Tor

U-Bahn: Linie 55 (Bundestag)

Bus: 100, M85 (Reichstag/Bundestag), TXL (Brandenburger Tor), 200, N2 (Behrenstr./Wilhelmstr.)

Geschrieben von Olly

Anzeige



HORCH & GUCK

Wahlsonntag

Das Telefon klingelte und Horch nahm den Anruf entgegen.

»Ja?«, fragte er genervt. »Wer wagt es am frühen Sonntag morgen zu stören?«

»Ich bin's.«

Horch erkannte die Stimme seines Freundes: »Wer sollte es auch sonst sein? Was gibt es?«

»Habe ich dich geweckt?«, fragte Guck.

»Nein, so höre ich mich immer an, wenn die Sekretärin auf meinem Gesicht sitzt! Klar hast du mich geweckt! Hast du mal auf die Uhr geschaut?«

»Ja, klar«, antwortete Guck euphorisch, »und weißt du was heute ist?«

»Sonntag!«, fuhr Horch seinen Freund an.

»Ja, aber nicht irgendein Sonntag.«

»Gleich ist Totensonntag mein Freund. Was willst du?«

»Heute ist Wahltag!«, erwiderte Guck.

»Ach du scheiße und deswegen rufst du mich an?«

»Ja, denn wer nicht wählen geht, darf sich hinterher...«, ohne ein weiteres Wort seines Freundes abzuwarten, beendete Horch das Gespräch und legte das Telefon neben sich auf den Nachttisch. Er hatte sich gerade umgedreht und wollte weiterschlafen, als das Telefon erneut klingelte. Genervt nahm er das Gespräch an.

»Was gibt es denn noch?«

»Hallo mein Sohn. Ich hoffe ich habe dich nicht geweckt?«

Genervt antwortete Horch: »Nein, so höre ich mich immer an, wenn meine Sekretärin auf...« Horch brach den Satz ab, als er aus dem Halbschlaf erwachte, realisierte, dass seine Mutter am Telefon war.

»Was wolltest du sagen?«

»Ach, nichts, vergiss es Mutter. Was verschafft mir so früh am Morgen die Ehre?«

»Es ist Wahlsonntag und ich wollte dich an deine Bürgerpflicht erinnern.«

»Ach, lass mich doch mit diesem Mist in Ruhe. Guck hat auch schon angerufen, um mich auf dieses Negativereignis hinzuweisen. Außerdem weißt du, wie ich zu dem Thema Wahlen stehe.«

»Wer nicht wählen geht, darf sich hinterher auch nicht beschweren!«

»Ja, ja, das hat Guck mir auch schon gesagt.«

»Guter Junge, du solltest öfter auf ihn hören.«

»Du solltest öfter auf mich hören! Dann

wüsstest du, dass du dich heute völlig umsonst zur Wahlurne quälst. Genieße lieber das Wetter und versaue dir den Tag nicht mit der Wahl des größten Idioten. Ich für meinen Teil werde jetzt weiterschlafen. Ich rufe dich die Tage mal an. Bis dann.«

Horch beendete das Gespräch und drehte sich wieder auf die Seite um weiterzuschlafen. Erneut klingelte das Telefon.

»Mutter?«, fragte Horch.

»Nein, Guck.«

»Was willst du denn schon wieder? Ich will schlafen!«

»Ich wollte nur fragen, wann ich dich abholen soll?«

»Du brauchst mich nicht abholen! Ich will schlafen!«

Horchs Worte ignorierend sagte Guck: »Aber am Morgen sind die Wahllokale noch nicht so voll.«

»Das ist mir scheißegal ob und wann die Wahllokale voll sind oder nicht, ich gehe eh nicht wählen. Und jeder Idiot, der meint, sich in die Schlange der Schwachsinnigen einreihen zu müssen, ist selber schuld. Ich werde weder einen Fuß aus dem Bett setzen, noch einen Finger krumm machen, um den Stift in die Hand zu nehmen, mit dem ich ein Kreuz mache, welches keinerlei Bedeutung für den Ausgang der Wahlen hat.«

»Was bist du denn so gereizt?«, fragte Guck.

»Warum ich so gereizt bin? Weil niemand um mich herum verstehen will, dass Wahlen nichts bewirken und niemanden dazu bewegen werden, etwas in diesem Land zu verändern, außer es nutzt ihm persönlich. Geh du nur und nimm dein demokratisches Recht wahr.«

»Ich bin dann so in einer Stunde bei dir«, sagte Guck.

»Hörst du mir nicht zu oder was? Außerdem kann ich gar nicht wählen gehen.«

»Wieso? Hast du deine Staatsbürgerschaft abgegeben oder ein Verbrechen begangen, von dem ich noch nichts weiß?«

»Nein, aber ich weiß nicht, wo sich meine Wahlbenachrichtigung befindet.«

»Das heißt, du hast sie verloren? Wo kann die denn sein?«

»Verloren würde ich nicht sagen. Ich habe sie ordentlich abgelegt.«

»Wo?«

»In dem Papierkorb unter den Briefkästen.«

Guck fing an zu lachen: »Ja, die habe ich gefunden und dir mit ins Büro gebracht. Die müsste in dem Fach für politisch motivierte Briefsendungen liegen. Ich fahre ins Büro und bin dann gleich bei dir.«

Horch wollte noch etwas erwidern, aber Guck hatte das Gespräch bereits beendet.

Eine Stunde später klingelte es an Horchs Haustür.

»Bin gleich da«, gab Horch Guck Bescheid.

Kurz darauf waren sie gemeinsam auf dem Weg zum Wahllokal in die Schlesische Straße. Unterwegs entbrannte die Diskussion über den Sinn des Wahlgangs zwischen Horch und Guck erneut.

»Ich verstehe dich nicht, dass du, von berufswegen über die Korruption in Wirtschaft und Politik bestens informiert, noch immer zur Wahlurne rennst und deine mehr oder weniger wertlose Stimme abgibst«, regte sich Horch auf.

»Wer nicht wählen geht, darf sich hinterher auch nicht beschweren.«

»Wenn Wahlen etwas ändern könnten, wären sie verboten!«, erwiderte Horch. »Es würde mich nicht wundern, wenn die Wahlen hierzulande, wie in anderen „Demokratien“ ebenfalls, manipuliert wären. Die Politiker aller Parteien lügen das Blaue vom Himmel, um die Stimmen des Volkes zu ergattern, welches sie Tag ein Tag aus beschissen. Das Volk hängt in der Wahlkampfphase an den Lippen, der von ihnen verehrten Volksvertreter und glauben ihnen wieder und wieder jedes, auch noch so heuchlerisch verkündete Wort und jedes, auch von noch so weit an den Haaren herbeigezogenes Versprechen für die Zukunft. Erinnern wir uns an die Versprechen der letzten Wahlen. Was wurde eingehalten? Lohnnebenkostensenkung und Steuererhöhung! Normalsterbliche Bürgerinnen und Bürger wurden schon für weitaus kleinere Vergehen geteert und gefedert. Die Meisten vergessen dabei, dass jeder Volksvertreter...äh...Volksvertreter von unseren Steuergeldern, bezahlt wird. Vom kleinsten Verwaltungsangestellten, über die Wegelagerer vom Ordnungsamt und die Schlägertrupps der Polizei, bis hin zu den Politikern und dem Bundespräsidenten, beziehen alle ihr Gehalt, ihren Lohn, oder wie man es sonst noch nennen mag, aus dem Steuertopf. Wir sind es, die das von Guido sogenannte spätromisch dekadente Leben der Regimeelite und deren Schergen bezahlen. Jeder von uns ist somit der Vorgesetzte der zuvor genannten Staatsdiener. Aber wie müssen wir uns als solche behandeln lassen? Wir werden belogen, betrogen, verarscht, verraten und verkauft. Nun frage ich dich, welcher Chef würde sich dieses Verhalten seiner Angestellten gefallen lassen? Laut dem Grundgesetz Artikel 20 Absatz 2 geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Genau dieses Gesetz muss wieder gesellschaftliche

Anzeige

Reisezeit ist Hörbuchzeit!

berlivoxx

das neue Hörbuch-Label aus Berlin

www.berlivoxx.de

Selbstverständlichkeit werden. Zeit dieses Vorhaben anzugehen!»

»Na dann mal los«, warf Guck ein.

»Mittlerweile betrachten sogar einige der linken Geister die Zuwanderung der Mittelschicht aus europäischen Notstandsgebieten zunehmend mit Sorgenfalten im Gesicht. Dem kann ich nach wie vor nur entgegensetzen, wir sind selber schuld. Sarkastisch gesagt, können wir sogar noch froh darüber sein, dass die Ärmsten der Armen – die nur so arm geworden sind, weil wir unseren Lebensstandard längst vergangener glücklicherer Jahre ausgelebt haben – nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um sich ebenfalls eine Fahrkarte oder ein Flugticket nach Deutschland zu leisten.«

»Wenn du so gut Bescheid weißt, warum gehst du dann nicht in die Politik?«, fragte Guck.

»Ich? Politiker? Lass mal gut sein, diese ganzen Idioten und Selbstdarsteller, die einen da umgeben, halten meine Nerven nicht aus. Nimm alleine den Spruch ›Leistung muss sich lohnen‹, den die Politik propagiert. Die Wahrheit sieht anders aus. Millionen von Menschen gehen Vollzeit arbeiten und müssen trotzdem zusätzlich Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beantragen. Zugleich wird durch diese Haltung der Politik die Altersarmut gefördert. Bundesminister Dirk Nibel von der FDP hat in der Fernsehsendung Studio Friedman die Festlegung einer Lohnuntergrenze abgelehnt, damit die Höhe der gesetzlich festgelegten Löhne nicht Gegenstand eines jeden Wahlkampfes werden. Geistiger Dünnschiss! Derzeit ist der Mindestlohn an sich Gegenstand eines jeden Wahlkampfes. Dies bedeutet zugleich, dass Unternehmen durch Steuergelder subventioniert werden. Die Reallöhne sind in den vergangenen zehn Jahren gesunken und nicht wenige Menschen arbeiten für nicht ein mal fünf Euro in der Stunde. Jedes Jahr demonstrieren hunderttausende am 1. Mai, einem Feiertag, der in 1856 in Australien seinen Ursprung hat, 1919 von der SPD, DDP und Teilen des Zentrums per Gesetz als gesetzlicher Feiertag festgelegt werden sollte und letztendlich durch einen Gesetzeserlass am 10. April 1933 durch die Nationalsozialisten zum gesetzlichen Feiertag und 1934 zum Nationalen Feiertag des Deutschen Volkes erklärt wurde. Wir »feiern« nächstes Jahr sozusagen 80-jähriges Jubiläum der nationalsozialistischen Gesetzgebung. Heil Hinkel! Ganz im diktatorischen Sinn wurde der aktuelle Armutsbericht gefälscht. Während in der ursprünglichen Fassung vor »gesellschaftlicher Spaltung und den daraus resultierenden Gefahren« gewarnt wurde, ist in der veröffentlichten Version zu lesen, dass »die vorliegenden Daten eine positive Entwicklung der Lebenslage in Deutschland belegen.«

»Dass die Politiker herummauscheln ist doch bereits seit Jahrzehnten bekannt. Eigent-

lich gab es das schon immer«, warf Guck ein.

Inzwischen waren Horch und Guck am Wahllokal angekommen und begaben sich in den Infobereich zur Ausgabe der Wahlunterlagen. Horch fuhr fort: »Ja, aber du siehst doch wo das hinführt. In Griechenland werden die Bankkunden an der, von den Banken und Spekulanten verursachten Krise anteilig mit ihren Spareinlagen beteiligt. In Spanien liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei bis zu sechzig Prozent, je nach Region und dass Irland mit der Kreditaufnahme durch die EZB einzig und allein deutsche, französische und englische Banken gerettet und somit ein sprunghaftes Ausbreiten der Krise verhindert hat, erfährt die Öffentlichkeit nicht. Jeden Tag aufs neue lügen uns die Volksvertreter ohne Skrupel ins Gesicht. Ein Großteil der Bevölkerung vertraut auf die Worte und glaubt an eine Kehrtwende. Ich bin auf die langen Gesichter der Menschen gespannt, wenn sie eines Tages am ersten des Monats ihre Miete, Versicherung oder sonstige Rechnungen bezahlen wollen und feststellen, dass die sozialen Leistungen wie Renten, Arbeitslosengeld

oder sonstige staatliche Zahlungen ausgeblieben sind. Warren Buffett, US-amerikanischer Unternehmer, hat im Interview mit Ben Stein in der New York Times vom 26. November 2006 gesagt: »Es herrscht Klassenkrieg, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.« So, und nun kannst du wählen gehen. Viel Spaß.«

Wortlos verschwand Guck in der Wahlkabine. Horch nahm ebenfalls seinen Wahlzettel und verschwand in der daneben stehenden Wahlkabine. Er faltete die Zettel auseinander und schrieb in deutlich lesbaren Druckbuchstaben auf jeden der beiden: ›Ich scheiße auf diese Demokratendiktatur!‹, faltete sie wieder zusammen und steckte sie in den Umschlag. Grinsend ging er zur Wahlurne und warf den Umschlag vor Gucks Augen in die Urne.

»Du hast es wirklich getan?«, fragte Guck erstaunt.

»Damit du endlich Ruhe gibst, ja, ich habe meine Stimme abgegeben. Und nun lass uns hier verschwinden. Das Wetter ist zu schön, um hier drin zu verweilen.«

Anzeige

Oliver Jung

Horch und Guck

– Meisterspione a.D. –

Draufhau Verlag

TOP SECRET!

Horch und Guck – Das Buch
seit 01. NOVEMBER 2012 im Handel
ISBN 978-3-00-039723-3
8,90 €

ILLEGALER GEMÜSEANBAU

Utopie oder Zukunft? Eine weitere Zeitreise ins Jahr 2030...

Erst in der Ausgabe 24 habe ich die Zukunft von Kreuzberg (1. Mai) im Jahr 2030 prognostiziert. Wie das Leben so spielt, liefert mir ausgerechnet die Gentechnologie und ihre Verfechter einen Anlass, um erneut eine Prognose zu erstellen. Diesmal nicht über eine lokale Veränderung, sondern eine, die weltweite Auswirkungen hätte, trafe sie denn ein.

Wir schreiben das Jahr 2030. Die Menschen laufen durch die Straßen, der Verkehr rollt und alles scheint wie immer. Doch der Schein trügt. Ein Blick in die Auslagen der Obst- und Gemüsehändler reicht aus, um zu erkennen, dass die Gentechnikkonzerne mit ihrem Bestreben den Agrarsektor zu beherrschen, erfolgreicher waren, als der aufbegehrende Widerstand. Die Preise für Kartoffeln, Äpfel und Erdbeeren sind in astronomische Höhen gestiegen. Auch die sonst immer am günstigsten angebotene Obstsorte – die Banane – kostet ein vielfaches des heutigen Preises. Sinkende Löhne und steigende Lebenshaltungs- und Lebensmittelkosten sind verantwortlich dafür, dass die Kunden von den Ständen der Händler fern bleiben. Wie Blei liegt das Obst und Gemüse als Ladenhüter in den Auslagen. Auch die großen Lebensmittelketten bieten nur noch eine kleine Auswahl für ihr zahlungskräftigeres Klientel an.

Als ich so durch die Straßen lief sprach mich ein junger Mann an: »Erika?«
 »Ich? Erika? Seh ick so aus oder wat?« erwiderte ich verwundert.
 »Quatsch, man. Ich wollte wissen ob du 'n Kilo Erika kaufen willst.«
 »Die bekomme ich doch auch im Laden um die Ecke.«
 »Eben nicht!«, erwiderte mein Gegenüber.
 »Dort bekommst du nur die Gentechnik versuchten ›Möchte-gerne-Kartoffeln.«
 Als er das sagte, lief er um mich herum und musterte mich von oben bis unten:
 »Bist du 'n Bulle oder wirklich so doof?«, fragte er.
 »Ick? Ein Bulle? Nee, da kannst du beruhigt sein. Aber wieso fragst du? Ist 'nen Kilo Kartoffeln heutzutage illegal?«
 »Die Kartoffeln, die du im Handel kaufen kannst nicht, aber für die, die ich hier habe kommst du länger in den Knast, als für ein Kilo feinstes Marihuana.«
 Verwundert schaute ich mein Gegenüber an. Dieses bemerkend, fragte er mich: »Du hast echt keine Ahnung was hier abgeht oder?«
 »Nee, aber wenn ich dir die Wahrheit erzähle glaubst du mir die auch nicht.«
 »Versuch 's. Ich kläre dich im Gegenzug über die Wahrheit auf.«

Ich erzählte ihm von meinem Treffen mit dem Unbekannten, der mich in seiner Zeitmaschine in die Zukunft reisen ließ, von meinem Erlebnis am 1. Mai 2030 und dass mich der Unbekannte nach meiner Ankunft erneut reisen ließ, als ich las, das Monsanto und Co. ihre Patentrechte ausweiten wollten. Nun war ich vor Ort, um meine Recherche durchzuführen und daraus einen Bericht für den Kreuzberger zu schreiben. Jetzt schaute mein Gegenüber verwundert drein. »So nun du!«, sagte ich.

»Na dann, komm mal mit.«. Wieder einmal vertraute ich einem mir völlig Unbekannten. Ein paar Straßen weiter standen wir vor einer Haustür. Er öffnete sie und wir gingen über mehrere Hinterhöfe. Am Ende standen wir vor einer Holztür. Dahinter führte eine steile Treppe in einen schlecht beleuchteten Kellergang. Am Ende befand sich eine Metalltür mit mehreren Schlössern. Nachdem der »Kartoffeldealer« die Tür geöffnet hatte und wir durch den zum Schutz angebrachten Vorhang getreten waren, standen wir in einem Kellergewölbe. Der Raum war ungefähr 200 Quadratmeter groß. Überall hingen Leuchten von der Decke, die in erster Linie dazu gedacht waren, Tageslicht für die unter ihnen wachsenden Kartoffeln zu imitieren. Eine Bewässerungsanlage versorgte die Pflanzen mit Wasser und allen nötigen Nährstoffen. Ventilatoren sorgten für ein angenehmes Raumklima.

»Hier unten gedeihen die Kartoffeln fast besser als in der freien Natur. Das liegt an dem kleinen Beet und der exklusiven Pflege.«
 Ich war erstaunt: »Die ganze Mühe für Kartoffeln? Ist mit Gras kein Geld zu verdienen?«
 »Es gibt Kartoffelsorten, für die bezahlen Küchenchefs 800 Euro je Kilo. Die ›La Bonotte‹ kostete im Jahr 2013 schon bis zu 500 Euro das Kilo. Jetzt kostet sie im Durchschnitt um die 2.000 Euro das Kilo.«
 »Und was soll ein Kilo Erika kosten?«
 »Da diese hier unter künstlichen Bedingungen gedeihen, sind sie etwas günstiger. Aber einen Hunderter musst du schon legen.«
 »100 Euro für ein Kilo Kartoffeln?«
 »Gentechnikfreie Kartoffeln!«, betonte der Mann ohne Namen.
 »Wie sieht es bei den Tomaten und so aus?«
 »Alles was indoor angebaut werden kann, noch erschwinglich. Aber Äpfel, Kirschen und so weiter kannst du nicht bezahlen. Dieses Obst ist bis auf ganz seltene Ausnahmen nur über Supermärkte erhältlich.«
 »Warum macht ihr euch die Mühe?«
 »Die Saatgutkonzerne wie Monsanto, Syngenta, HiBred und Co. haben den Markt unter sich aufgeteilt und ihr eigenes Saatgut am Markt eingeführt. Durch ihre Patente besitzen sie das weltweite Monopol. Zur Wah-

lung ihrer Rechte haben sie tausende von Kontrolleuren in der ganzen Welt angestellt. Die Schnüffler sind nur damit beschäftigt, illegale Anpflanzungen aufzuspüren und die Einhaltung der Konzessionvorgaben durchzusetzen. Jeder – vom Landwirt bis zum Kleingärtner – muss eine Konzession für seine Bäume, Sträucher oder das Gemüse im Beet vorweisen. Wenn nicht, geht es direkt ab zum Haftrichter.«

»Unglaublich«, erwiderte ich. »Leider reicht mein Budget nicht, um dir deine Kartoffeln abzukaufen und damit den Widerstand zu unterstützen. Aber ich könnte für dich nach meiner Rückkehr ins Jahr 2013 ein paar Kilo Kartoffeln und Kirschen mit der Zeitmaschine in die Zukunft schmuggeln.«
 Meine scherzhaft getätigte Aussage beeindruckte mein Gegenüber sehr: »Das würdest du tun? Wäre ja der Hammer. Die Leute hier wären dir unendlich dankbar, nicht mehr auf den Gentechnik-Fraß angewiesen zu sein.«
 »Aber ich muss erst einmal den Besitzer der Zeitmaschine fragen, versprechen kann ich dir noch nichts. Wo ich gerade beim Thema bin: Ich muss los. Der Typ, dem die Zeitmaschine gehört, hat mir zwei Stunden gegeben und die sind bald vorbei.«
 Wir verließen den Keller und gingen zu dem Zeitungsladen in der Manteuffelstraße, wo mein Reisegefährte stand.
 Verwundert fragte der Kartoffeldealer: »Du hast mich nicht verarscht?! Du kommst wirklich aus dem Jahr 2013?«
 »Ich wusste, dass du mir nicht glauben würdest. Nein, ich habe dich nicht verarscht und ja, ich komme tatsächlich aus dem Jahr 2013.«
 Zum Abschied drückte mir der Unbekannte einen Beutel mit Kartoffeln in die Hand.
 »Hier, probier' die mal, du wirst den Unterschied schmecken. Die sind sogar um einiges besser als die, die 2013 im Handel waren.«
 »Danke. Und danke auch für deine eindrucksvolle Vorführung vom Indoor-Gemüseanbau. Das war echt interessant.«

Ich bestieg die Zeitmaschine, schloss die Tür und versetzte mich wieder in das Jahr 2013. Ein Mal mehr stand ich nach meiner Rückkehr vor dem mir noch immer unbekanntem Zeitmaschinen-Besitzer und antwortete ihm auf seine Frage, wie es denn gewesen sei: »Ich habe Dinge gesehen, die glaubst du nicht. In ein paar Jahrzehnten könnten tausende fleißige Kleinbauern, die heutzutage mit Grünem Daumen illegal Marihuana anbauen, umsatteln und Tomaten, Äpfel und Kartoffeln, versteckt vor den staatlichen Behörden und den Fahndern der Gentechnik-Konzerne züchten.«

So etwas hat es früher nicht gegeben!

FILM-TIPP

Das Eiszeit-Kino empfiehlt...

Mumia: Long Distance Revolutionary

Für die einen ist Mumia Abu-Jamal ein politischer Gefangener, für die anderen ist er einfach nur ein eiskalter »kommunistischer Polizisten-Mörder«, der am 9. Dezember 1981 den Police-Officer Daniel Faulkner erschoss. Seit dem Gerichtsurteil 1982 ist Abu-Jamal, verurteilt wegen unerlaubtem Waffenbesitz und Mordes, im Gefängnis. Zunächst in der Todeszelle sitzend, wurde er 1995 in das Hochsicherheitsgefängnis SCI-Greene verlegt.

Mumia Abu-Jamal, der mit bürgerlichem Namen Wesley Cook heißt, wurde am 24. April 1954 in Philadelphia/Pennsylvania geboren, wo er auch aufwuchs. Er arbeitete als Journalist, Politaktivist und zu guter Letzt als Taxifahrer. In der Nacht von dem tödlichen Schusswechsel wollte Abu-Jamal nach eigener Aussage seinem Bruder William helfen. Dieser war von Faulkner angehalten worden und sollte verhaftet werden. Der Dokumentarfilm Long Distance Revolutionary zeigt das Leben und die revolutionären Zeiten von Abu-Jamal, sowie seine Aktivitäten, die er aus dem Gefängnis heraus betreibt. Es kommen jede Menge interessante Personen zu Wort, wie der Pulitzer Preis-Träger und Menschenrechtsaktivist Alice Walker. Zudem werden Aufnahmen aus frühen Jahren gezeigt. Der Film wird in Englisch mit deutschem Untertitel gezeigt.

ACHTUNG NUR EIN SPIELTAG!!!

Im Eiszeit-Kino am 10.10.2013, ein Film von Stephen Vittoria, 119 Minuten, Monodofilm

Im Internet: www.mumia-themovie.com

Anzeige

Lose Your Head – Ein Partytourist verloren in Berlin

Der junge Spanier Luis reist für ein Wochenende nach Berlin, um im Berliner Partyleben seinen Trennungsschmerz zu vergessen. Zunächst lernt er jedoch die aus Griechenland stammende Elena und ihren Cousin Kostas kennen, die sich, wie er auf einem Hostelboot an der Oberbaumbrücke einquartiert haben. Elena und Kostas suchen gemeinsam den als vermisst geltenden Bruder von Elena. Während sich Luis in das Berliner Nachtleben stürzt, lernt er den geheimnisvollen und illegal in Deutschland lebenden Ukrainer Viktor kennen. Gemeinsam besuchen sie Klubs, konsumieren Drogen und feiern. Doch schon nach kurzer Zeit kommt in Luis der Verdacht auf, dass Viktor etwas mit dem Verschwinden von Elenas Bruder zu tun haben könnte und findet sich im Zentrum mysteriöser Ereignisse wieder. Spannend bis zum Schluss wird eine Geschichte erzählt, die von einer wahren Begebenheit inspiriert wurde.

Im Eiszeit-Kino ab dem 19. September 2013, ein Film von Stefan Westerwelle und Patrick Schuckmann, 98 Minuten, Mutter-Film

Im Internet: www.loseyourhead.com

Der Kreuzberger

BLOG

www.derkreuzberger.de/blog

Alle Links aus diesem Heft jetzt auch im Blog!

KURZ

Gesagtes

Sehr geehrter Herr Henkel (CDU), wie Sagen Sie so schön zu der Schredderaktion der NSU Akten beim Verfassungsschutz »Warum sollte man Vorsatz unterstellen, wenn Dummheit als Erklärung ausreicht«. Es scheint, dass diese Strategie nun auch bei Herrn Friedrich für Prism zum Tragen kommt. Doch leider vernehme ich das unwohl Gefühl, dass bei so viel konzentrierter Dummheit eben doch Vorsatz mit im Spiel sein muss, denn wäre kein Vorsatz mit im Spiel, bliebe ja nur noch die absolute Dummheit, und die in einer solchen Position? Mmmh! Der sofortige Rücktritt wäre als demütige Geste mehr als angebracht. Aber was ist nun besser, ein Arschloch mit Vorsatz oder ein Dummkopf mit Macht, irgendwie hört sich beides Scheiße an!!! Ach Verzeihung, schreiben Sie meinen Fäkalausdruck meiner Dummheit zu, von Vorsatz kann keine Rede sein!

CMS Technik – Schon wieder hat sich die Lebensmittelindustrie was ausgedacht und will es auch noch gleich als BIO vermarkten. CMS-Saatgut (Cytoplasmatische Männliche Sterilität), das ist eine Hybrid-Züchtung, bei der artfremde Zellen miteinander verschmolzen werden. Dies betrifft Blumenkohl, Möhren, Zwiebeln usw. Die Pflanzen können sich nicht mehr selbst bestäuben, liefern jedoch höhere Erträge. So wird CMS auch als Gentechnik light bezeichnet, daher ist der Aufschrei der Biohersteller nur verständlich. Da bei dieser Technik kein Nachbau seitens der Bauern möglich ist, könnten sie zudem direkt in die Abhängigkeit von Zuchtunternehmen rutschen (na, das ist ja mal eine Überraschung!). Was sagt die EU-Öko-Verordnung dazu? Dieser Passus wird leider nicht geregelt!!! (noch eine Überraschung). Doch alle guten Biohersteller haben in ihren Richtlinien ein Verbot für ihre Waren geregelt, das ist doch mal was.

The winner is...Monsanto! Na, wer hätte das gedacht, der »World Food Prize 2013« geht an Monsanto und Syngenta, die sich mit Gift, Genen und »kriminellen« Aktionen den Nahrungsmittelmarkt aneignen wollen. Nachdem schon der Friedensnobelpreis mit Obama und der EU zur Lachnummer mutiert ist, können wir nun auch diesen »Oscar« der Lebensmittelbranche direkt in die gelbe Tonne treten. Doch »Der Kreuzberger« meint, wer so viele Millionen wie Monsanto in die Stiftung pumpt die den Preis vergibt, der hat es dann auch redlich verdient. Also, herzlichen Glückwunsch an die »Kolonialherren« der Lebensmittelbranche!

Geschrieben von bookfield

EISZEIT

Kino im Wrangelkiez

Zeughofstraße 20 · 10997 Berlin

www.eiszeitkino.de

ZWEI KÖPFE – ZWEI MEINUNGEN

Wählen...

Warum wählen? Haben wir überhaupt eine Wahl?

Liebe LeserInnen, mittlerweile bin ich seit beinahe 25 Jahren wahlberechtigt und die Politik hat in meinem Leben immer eine große Rolle gespielt, nicht nur weil ich sie in der Schule als Leistungsfach hatte, sondern weil Diplomatie, Organisationsfähigkeit, Verantwortung, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreude allgemein wichtige Eigenschaften sind.

Leider vermisse ich diese nur allzu oft bei unseren Politikern in der heutigen Zeit. Ganz ehrlich, wer »Von-denen-da-oben« traut sich schon, auch mal eine wichtige, wenn auch gleichzeitig unpopuläre Entscheidung zu treffen, wagt es, sich auf die Seite des Volks/der Wähler und gegen die Lobbyisten zu stellen oder traut sich, langfristige Notwendigkeiten – über den Zeitraum von ein bis zwei Legislaturperioden hinaus – anzupacken, zum Beispiel die Überarbeitung des staatlichen Rentenmodells zur Altersabsicherung. Heutige Politiker regieren oft nur im »Hier und Jetzt«, ohne Visionen für die Zukunft von Staat und Volk, in der Hoffnung, ihr Schäfchen längst im Trockenen zu haben, wenn der Kollaps kommt.

Auch übernimmt kaum eine politische Persönlichkeit heute noch Verantwortung für ihr Handeln oder nimmt ihren Hut und zieht damit gewissenhaft die Konsequenz aus eigenem Fehlverhalten, bevor es zu einem öffentlichen Eklat kommt, siehe beispielsweise Christian Wulff. Jeder klammert bis zuletzt an sein Amt, egal wie sehr es dem öffentlichen Ansehen von Person, Partei, Politik oder der gesamten Republik in den Augen der restlichen Nation oder Welt schadet. Es wird schamlos weiter gelogen, vertuscht und kaum einer besitzt den – wenn auch zweifelhaften, wenn auch späten – Anstand eines Jürgen Möllemann, die Leine nicht zu ziehen.

Die oben genannten wichtigen Eigenschaften wurden längst auf dem Altar der parteipolitischen, monetären und lobbyistischen Interessen geopfert. Die meisten Politiker scheinen auch zu vergessen, dass sie Vertreter ihrer Wähler im Sinne des Volkes sind und keine Institution zum Selbstzweck.

Zu den fehlenden menschlichen Persönlichkeiten unter den Politikern kommt erschwerend, dass es abseits der großen Worte im Wahlkampf kaum Unterscheidungsmerkmale zwischen den großen, etablierten Parteien in der realen Politik und ihrer täglichen Umsetzung gibt.

Wir leben in Zeiten, wo grüne Politiker Anzüge tragen, Verbrauchssteuern auf Benzin erheben und sie Ökosteuer nennen, obwohl jeder weiß, dass es in Deutschland keine zweckgebundenen Steuern gibt.

Die Lobbyisten der CDU nehmen den Grünen die Butter vom Brot und schaffen die Kernenergie ab. Die Kosten dafür werden nicht etwa durch die langjährigen Nutznießer, milliardenschwere Energiekonzerne, getragen oder aus der sogenannten Ökosteuer gedeckt, sondern dem Volk in Form von signifikant gestiegenen Stromkosten (Netzausbau bla, bla) aufgebürdet.

Die Sozialdemokraten, die ihre Wurzeln in der Arbeiterschaft immer wieder betonen, führen Hartz IV ein, schaffen eine neue Unterschicht und spalten damit die Bevölkerung in arm, reich und superreich.

Und die FDP überlässt sowieso jedem seinem Schicksal.

Alle zusammen aber lassen es zu, dass Industrie und Wirtschaft – nicht nur durch die Vergabe von Aufsichtsratsposten – in unserem Land und auf unserem Kontinent einen so großen Einfluss gewinnen, dass die Unterstützung von Banken oder die Subvention von Unternehmen zur Verhinderung einer Abwanderung ins Ausland vorrangiger ist, als die Entlastung der Bürger, ein bedingungsloses Grundeinkommen oder eine realisierbare Alterssicherung.

Zusammengefasst habe ich den Eindruck, dass es der Politik heutzutage an Visionen für die Zukunft, mindestens aber am Mut zu deren Umsetzung fehlt. Vielmehr kommt es mir vor, als würde hier inzwischen nur noch die Verwaltung des Untergangs stattfinden, bei der jeder hofft, noch soviel wie möglich abzugreifen und gleichzeitig dafür betet, dass das Schlimmste nicht in seiner Legislaturperiode passieren möge. Deshalb bleibt mir – nach vielen Versuchen, Beobachtungen, Hoffnungen und Enttäuschungen – das Gefühl, eigentlich noch nie eine Wahl gehabt zu haben oder zumindest nur die des kleinsten Übels. Rio Reiser / Ton, Steine, Scherben sangen einst: »...Ich bin nicht frei und ich kann nur wählen, welche Diebe mich bestehlen, welche Mörder mir befehlen...«

Und trotzdem werde ich auch diesmal wieder zur Wahl gehen. »WAS?!« werden jetzt einige nach dem soeben Gelesenen entsetzt rufen und ich kann es ihnen nicht verübeln. Ich habe auch diesmal keine allzu große Hoffnung, etwas zu verändern. Aber zu leicht möchte ich es »Denen« auch nicht machen.

2009 betrug die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl nur rund 72 Prozent und hatte damit seit Kriegsende einen historischen Tiefstand erreicht. Der Trend lässt vermuten, dass in diesem Jahr noch weniger Menschen ihr Stimme abgeben. Dies bedeutet aber wiederum, dass jede einzelne Stimme um so mehr zählt. Kleine Mathematik... Wenn 72 Prozent der Menschen 100 Prozent der Politik bestimmen ergibt sich daraus folgende Rechnung: $100/72=1,39$. Das heißt jede abgegebene Stimme zählt knapp 1,4-fach. Und leider gibt es hierzulande keine Mindestwahlbeteiligung, die eine bestimmte Anzahl abgegebener Stimmen notwendig machen würde, um eine Regierung zu legitimieren.

Noch zwei weitere Argumente... Erstens: Ich möchte es nicht den anderen wehrlos überlassen, mein Schicksal zu bestimmen. Selbst wenn ich nicht gewinne, habe ich doch meine Meinung kund getan. Schließlich demonstriere ich ja auch für Dinge, die mir wichtig sind und äußere hier in der Zeitung meine Meinung. Zweitens: Je wertvoller eine Stimme wird, umso mehr kann sie ausrichten und das gilt leider auch für die, die ich nicht mag oder die, die Organisationen/Parteien unterstützen, denen ich nicht noch mehr an Macht überlassen will. Dem muss man etwas entgegensetzen, auch wenn das Ganze ein abgekartetes Spiel ist.

Jetzt bleibt nur noch eine Frage offen. Was wählt man, wenn man eigentlich nichts wählen kann? Diese Frage muss jeder für sich beantworten. Ich werde hier niemand zu etwas verführen... Aber es gibt da in mir eine Idee für einen Anfang: Nämlich die Mehrheitsverhältnisse so mit zu gestalten, dass es keiner Partei oder Koalition möglich ist, ohne Zustimmung zumindest eines Teils der Opposition Entscheidungen oder Gesetze durchzubringen. Von einer solchen Konstellation erhoffe ich mir einen echten politischen Dialog in der Sache, zugunsten der Wähler und Menschen, statt einer Vertretung von Interessen der Parteipolitik, Wirtschaft oder einer Lobby. Wenn das nicht hilft, bleibt nur noch Revolution. Aber geschichtlich betrachtet, haben die Deutschen – im Vergleich beispielsweise zu den Franzosen – auch noch niemals eine vernünftige Revolution zu Stande gebracht. Und solange die Politik dafür sorgt, dass selbst die Hartzler grade noch satt werden, sofern sie ihr Geld nicht für anderes ausgeben, mache ich mir aber da wenig Hoffnung. »Satt geht nicht auf die Straße« und der deutsche Arsch ist ohnehin schwerfällig. Das wissen »Die-da-Oben« leider genau.

Geschrieben von Kersten

...oder nicht wählen?

Zur Wahl ohne Wahl?

Alle vier Jahre bin ich gefragt. Ich, der Wähler! Nun wird, in ihren Augen, um meine Gunst gebuhlt. Die Stadt wird wieder zugekleistert mit überdimensionierten Köpfen und Parolen, deren Inhalte sich nicht von der daneben hängenden Kekswerbung absetzen können und einen zudem vom Verkehr ablenken, eigentlich unverantwortlich! Vertrauen wollen sie verbreiten, genau das, was verloren ging. Es sind aber auch schwere Zeiten, und wenn wir uns mal anschauen, wo wir stehen in Deutschland, also, im Vergleich zu ... stehen wir doch blendend da, nicht wahr? Sicherlich kann ich mich nicht beschweren, wenn es um meine persönliche Existenz geht. Im Vergleich zu ... geht's mir wirklich gut, also noch. Genug zu essen, ein Dach überm Kopf, was will ich mehr? Ein bisschen mehr Bescheidenheit würde mir gut zu Gesicht stehen.

Doch ist das ein Grund zu wählen, bin ich ein schlechter Mensch, wenn ich nicht hingehe? Zum Wählen braucht man normalerweise verschiedene Angebote, aus denen man auswählen und eine Entscheidung treffen kann. Doch wo sind diese noch zu erkennen? In welchem Einheitsumpf sollte ich welche Parteien wegen was nochmal schnell wählen? Nur marginale Abweichungen sind mit Mühe wahrnehmbar. So brachte Rot-Grün die Agenda 2010 auf den Weg, mit all ihren sozialen Einschränkungen, und führte Deutschland in einen völkerrechtswidrigen Krieg auf dem Balkan. Dagegen läutete Schwarz-Gelb mit einer 180-Grad-Drehung die Energiewende ein, gegen die sie sich jahrzehntelang vehement gestraubt hatten. Ohne dass sich die Informationslage diesbezüglich nur einen Müh geändert hätte! Parolen und Politiker werden nach Werbewirksamkeit verändert und besetzt, leider nicht nach Kompetenz, nur so ist dieses Ressort-Hopping erklärbar. Die Beliebigkeit der Einsatzgebiete zwingt mich »leider« an ihrem Fachwissen zu zweifeln. Zudem werden sie von Lobbyisten massiv bedrängt und es gibt nicht wenige, die unter diesem Druck nachgeben. Haben sie ihre Schuldigkeit getan, wartet nicht selten ein gutes Pöstchen im Aufsichtsrat eines xy-Konzerns, und auf einmal bekommt eine alte Entscheidung rückwirkend Sinn.

Apropos Vertrauen, ich wollte mich bemühen, doch fällt es mir immer schwerer. Also, wenn ich ehrlich bin, ist es schon längst versickert, in den Datennetzen unserer Sicherheitsorgane, in den Anbiederungen an die Märkte und Banken und in den hohlen Sprechblasen ohne Visionen und Konzep-

te für die Zukunft. Nein, mein Vertrauen ist verpufft, dabei ist man heute fast schon dankbar, für jede erwähnenswerte Idee, für jedes Kraftprobchen mit dem Finanzsystem oder multinationalen Konzern und vor allen Dingen für jede noch so kleine Offenlegung der Faktenlage. Die permanenten Lügengerüste, mit denen Politiker uns abspeisen wollen, sind nicht mehr erträglich. Sie halten uns scheinbar wirklich für so dumm. Noch nicht einmal die Bekundung, sich als Volksvertreter dem Volk verpflichtet zu fühlen, haben sie noch nötig (außer im Wahlkampf natürlich). Die Märkte sollen es richten, und wie sie es richten, sehen wir an den Auswüchsen in Asien, Afrika und Südamerika. Dürfen wir uns auf ähnliche Veränderungen einstellen, sobald die Zeiten härter werden? Sind Griechenland und Spanien uns nur ein paar Jahre voraus?

Was steckt dahinter, wenn die deutsche Politik ihren eigenen Machtverlust vorbereitet und nationalstaatliche soziale Errungenschaften durch ESM und Lissabon-Vertrag kampflos abschenkt? Im Mittelpunkt von Parteien scheint als erklärtes Ziel nur noch der eigene Machterhalt zu stehen. Inhalte sind eher lästige Begleiterscheinungen, die man taktisch einzusetzen versucht. Beschäftigung mit sich selbst, weil die großen Entscheidungen längst woanders gefällt werden?

Doch ich schweife ab! Wählen soll ich, vergesst es. Ich lass mir nicht vorwerfen, das was ihr da macht, hätte ich mitentschieden. In meinem Namen sollt ihr nicht mehr sprechen, die Zeit des Taktieren ist vorbei, nicht das kleinere Übel will ich und auch keine strategische Entscheidung. Solange sie mit ihrem eigenen Sumpf beschäftigt sind, solange werde ich ihnen meine Legitimation verweigern und eigene Wege gehen. Lassen wir uns nicht für blöd verkaufen. Druck auf diese Politik auszuüben, erreicht man nicht mit einem Kreuzchen. Es gilt, sich wieder einzumischen, sich zu organisieren, das mögen sie nicht. Nur der Druck der Straße wird die Machtstrukturen verändern können, die Politik kann es anscheinend nicht mehr, ist darin gefangen oder nicht mehr interessiert. Ich bin auch nicht mehr gewillt, bei diesem Spiel meine zugewiesene Rolle als Stimmvieh einzunehmen. Wenn bei Monopoly die Straßen verteilt sind und du hast nur Bad- und Turmstraße, dann kannst du strampeln wie du willst. Entweder es wird neu gemischt und neu verteilt oder rate mal wer die Lust verliert! Nicht wählen bedeutet nicht unpolitisch zu sein, es kann auch bedeuten, dass man einfach nur das Spiel durchschaut hat!

Selbst ungültig oder nicht wählen spielt für die Wahlkampfkostenrückerstattung keine Rolle. Da die staatliche Parteienfinanzierung auf ca. 150 Millionen Euro begrenzt ist und diese Summe »Dank« diverser Zuschüsse jedes mal überschritten wird, kann der komplette Geldpool immer auf die Parteien proportional verteilt werden. Obwohl nur jede abgegebene Stimme Geld bringt (ca. 70 - 85 Cent pro Wähler). Das Einzige auf was ich als Nichtwähler verzichte, ist die Mitbestimmung auf das Verhältnis wie das Geld bei den Parteien verteilt wird. Man muss halt Opfer bringen, puh! Ist in der Wahlfreiheit nicht auch deren Verweigerung mit eingeschlossen? Meine Wahl ist keine Wahl! Super Slogan!

Doch ein kleiner Fakt lässt mich etwas nachdenklich werden. Neben SPD-CDU-FDP-DIEGRÜNEN, gibt es noch Parteien, die andere Wege gehen wollen und deren Stärkung könnte den Boden für NGO's (Non-Governmental Organization) verbessern, sollte ich also doch strategisch wählen? Zum Glück muss das jede/r für sich selbst entscheiden!

Geschrieben von bookfield

Anzeige



Anzeige



*Das Fräulein sorgt
für Entzücken*

Ab 3. September




Maybachufer 21, 12047 Berlin

unterstützt von:

Sandra Hübner
www.sandrahuebner.de

zapp
die zettelapp.de

Susanne Ditz 
www.susanneditz-webdesign.de